



Freund Laval

Die Kammerrede des französischen Ministerpräsidenten Laval mag manchem in Deutschland eine herbe Enttäuschung bereitet haben. Aber daß er sprechen würde, wie er gesprochen hat, war zu erwarten; er mußte so sprechen, wenn er sich das Vertrauen der Kammer nicht verschmerzen wollte. Was Laval gesagt hat, läuft, undiplomatisch zusammengefaßt, darauf hinaus: Wir sind bereit, den Strick, den das Versailles System um Deutschlands Hals gelegt hat, zu lockern, solange die Notwendigkeit dauert; aber wir wünschen das Ende des Stricks in der Hand zu behalten. Man erkennt aus Lavals Rede, welche Erleichterung es für die französische Politik gegen Deutschland bedeutete, als Hoover das Versprechen gab, die Ueberwindung seines Moratoriums nicht wiederholen zu wollen. Etwas der Art hatte man in Frankreich offenbar befürchtet. Auf Grund der Versicherung, daß Amerika nicht ein zweites Mal überraschend eingreifen werde, glaubt man, sich einen Stoß gegen die notleidende Welt schon leisten zu können. Er liegt in der von der französischen Kammer laut bejubelten Erklärung: erst kommen die Tribute, dann kommen die Privatschulden. Sie wäre mit dieser rückfälligen Bestimmtheit schwerlich aufgestellt worden, wenn Laval nicht Hoovers Zusicherung in der Tasche gehabt hätte.

Wenn Laval uns Versuchung und Versuchung vorwirft, so sollten wir das in gewissem Sinn und für einen gewissen Zeitraum ruhig zugeben. Als das fremde Geld dazu reichlich in das ausgetrocknete Deutschland hineinströmte, begleitete von der tröstlichen Ermunterung: „Ihr seid tüchtige Arbeiter; ihr werdet das Menschenunmögliche schon schaffen“, da ist mit diesem Geld stellenweise recht ungewöhnlich gewirtschaftet worden. Das läßt sich schon um deswillen schwer bestreiten, weil der Skarekprozeß und der Fawogprozeß, der Nordwolle-Standard und der Schultheiß-Standard und die ganze, einflussreichen noch nicht abzulebende Reihe weiterer Wirtschaftsskandale den schlüssigen Beweis dafür erbringen, daß es so gewesen ist. Das dürfen wir um so eher zugeben, als wir für diese Sünden — die die natürlichen Folgen der von Frankreich erpreßten Erfüllungspolitik sind — seit Jahr und Tag in Sack und Asche Buße tun und als ein Ende dieser Bußzeit heute weniger abzusehen ist als zuvor.

Anders ist es mit Freund Lavals Beschwerde gegen „gewisse Rundgebungen“ bestellt. Rundgebungen sind immer die Folgen bestimmter Geschehnisse, und wer die Rundgebungen beseitigt haben, die Geschehnisse aber bestehen lassen möchte, der beweist damit entweder, daß er ein Pflücker oder daß er schlechten Willens ist. Die Rundgebungen, die Herr Laval meint, sind die natürlichen Folgen der Politik von Versailles, die uns den Strick um den Hals gelegt hat. Würde der Strick vorübergehend gelockert, um das Ersticken des Schuldners zu verhüten, so haben die einen, die Skareks, Fawogs usw., die „Atempause“ dazu benutzt, sich einen guten Tag zu machen, und die anderen dazu, ihrem Schmerz und ihrer Wut über die Mißhandlung Luft zu machen. Das sind die „Rundgebungen“, die Herrn Laval mißfallen. Aber zu beseitigen sind sie ganz gewiß nicht mehr, wenn man ihre Ursachen durchaus aufrechterhalten will.

Auch wer von Laval keine andere Rede erwartet hat, als sie gehalten worden ist, darf die möglichen Nachwirkungen der Rede nicht leicht nehmen. Wir zweifeln nicht, daß diese Wirkungen, auf weite Sicht abgesehen, nützlich sein werden. Die Erkenntnis, daß die französische Politik allein das Hindernis ist, das die Wiederherstellung des erschütterten Vertrauens nicht erlaubt, wird Fortschritte machen. Leider nur ist die Lage Deutschlands derart, daß sie sich politische Abschätzungen „auf weite Sicht“ kaum mehr gestatten darf. Es gibt ein Krankheitsstadium, wo der Kranke vor jeder Erschütterung bewahrt werden muß, und allzuweit sind wir von diesem Stadium wohl nicht mehr entfernt.

In den Jahren der künstlichen Hochkonjunktur hat das Ausland uns zuviel augetraut. Es liegt uns überreichlich, weil es von uns das Menschenunmögliche erwartete. Dann kam eine Weltkrise. Heute traut uns das Ausland zu wenig zu. Es entsteht uns ängstlich die Mittel, die wir brauchen, um das Menschenunmögliche zu leisten. Freund Lavals untreuliche Rede ist nur zu sehr dazu angehen, die Angstgefühle unserer ausländischen Gläubiger zu verstärken. Ob das eine gewollte Wirkung wäre, wissen wir nicht. Jedenfalls aber liegt es im Interesse nicht nur Deutschlands, sondern ebenso sehr Englands, Amerikas, Italiens, diese Wirkung nicht aufkommen zu lassen. Hoffentlich ist die Sprache unserer Auslandsvertreter auf Anweisung von Berlin derart, daß den Regierungen der Länder, die wie wir die Rettung der Weltwirtschaft wollen und nicht den allgemeinen Zusammenbruch, an der wahren Lage der Dinge kein Zweifel gelassen wird.

„Die Nacht liegt auf der Straße“

Magdeburg, 29. Nov. Auf einer Kundgebung des Stahlhelms sprach in der Stadthalle der deutschnationalen Reichstagsabgeordnete Dr. Oberhofen. Die Angehörigen der nationalen Front seien keine „Sozialreaktionäre“. Es sei

Tagespiegel

Amlich wird zu Gerüchten über einen angeblich ungünstigen Gesundheitszustand des Reichspräsidenten erklärt, daß das Befinden des Reichspräsidenten nach wie vor sehr gut ist und daß er seine Amtsgeschäfte wie gewohnt in voller Freiheit führt.

Das Reichskabinett hat am Samstag die Beratungen über die Wirtschaftsfragen fortgesetzt. Sie sollen Ende nächster Woche zum Abschluß kommen und dann soll sofort die neue Notverordnung erlassen werden.

Reichsbankdirektor Müller ist als Vertreter der Reichsbank zur Bundesreservebank in Neuyork entsandt worden, um in allen Geld- und Währungsfragen eine möglichst enge und rasche Zusammenarbeit beider Banken zu gewährleisten.

Wie verlautet, beabsichtigt die französische Regierung, nachdem Laval eine große Vertrauensumgebung erhalten hat, die Auflösung der Kammer herbeizuführen, um in Anbetracht des harten Winters einer Radikalisierung des Landes vorzubeugen. Die Neuwahlen würden im April stattfinden.

Der französische Finanzminister Flandin ist am Samstag in London eingetroffen.

Der italienische Außenminister Grandi hat am Freitag nachmittag in Neuyork die Rückreise nach Italien angetreten.

In Tientsin haben neue heftige Kämpfe stattgefunden.

ausgeschlossen, die Rettung Deutschlands im Sinn von Nation und Wirtschaft nicht ohne oder gar gegen die deutsche Arbeiterschaft zu vollziehen. Im Interesse der deutschen Arbeiterschaft müsse man endlich eine Bresche schlagen in das, was man Zwangsbewirtschaftung der Arbeiter nenne. Die Arbeit müsse wieder nach der Leistung bezahlt werden. Man dürfe keine Zweifel darüber lassen, daß die nationale Front den Artikel 48 Absatz 2 einmal energisch in Anwendung bringen werde. Nach dem Eingreifen Hoovers wäre eine Zeit gekommen, wo durch einen Zusammenschluß von Amerika, England, Italien und Deutschland eine Isolierung Frankreichs möglich gewesen wäre. Der Reichskanzler aber habe durch seine Rundfunkrede Frankreich wieder in den Sattel gehoben. Das sei der schlimmste politische Fehler gewesen. Dauernde Verständigung mit Frankreich sei nur möglich bei voller Gleichberechtigung. Die nächste Zukunft werde trübe sein. Die politische Macht liege, richtig verstanden, auf der Straße, wie man dies vom Reich sagt. Sie könne aber nur von solchen Männern aufgehoben werden, die eine große Reihe gekühlter Herzen hinter sich haben, wie im Stahlhelm.

Neue Nachrichten

Die Reichsregierung und die englischen Zollmaßnahmen

Berlin, 29. Nov. Die Reichsregierung hat der britischen Regierung durch die deutsche Botschaft in London vorgeschlagen, sofort in freundschaftliche Verhandlungen über die Frage einzutreten, die durch die neuesten englischen Zollmaßnahmen entstanden ist. Es soll u. a. festgestellt werden, inwieweit die englischen Zollerbhöhungen im Rahmen der Handelsverträge zulässig sind.

Der Wert der durch die neuen englischen Zollschranken betroffenen deutschen Einfuhr beläuft sich auf rund 150 Millionen Mark, das sind 12 v. H. der deutschen Gesamtausfuhr nach England.

Erlaß des Berliner Oberkirchenrats

Berlin, 29. Nov. Der Evang. Oberkirchenrat der Alt-preussischen Union legt in einem Erlaß an die Konsistorien aller Geistlichen, kirchlichen Körperschaften und Gemeinde-gliedern die hohe Verantwortung aufs Gewissen, daß der Friede des Gemeindelebens und die Weihe der Gottesdienste durch die politischen Kämpfe keine Störungen erleiden. Der Pfarrer müsse sich dessen bewußt sein, daß er allen Gliedern der Gemeinde zu dienen hat und müsse der trostlosen Verwirrung des politischen Meinungsstamps entgegenreten. — Die Kirchengebäude dürfen niemals irgendwelchen parteipolitischen Kundgebungen dienen. Dies gelte auch für den geschlossenen Kirchgang politischer Vereinigungen mit ihren Fahnen und Abzeichen, wo jene Gefahren besonders gegeben seien.

Gehler für süddeutsche Reservatrechte

München, 29. Nov. Im Jungakademischen Klub hielt der frühere Reichswehrminister Gehler, Vorsitzender des Bundes für Erneuerung des Reichs, einen Vortrag über die Reform. Er trat dafür ein, daß Preußen im Reich

aufgehen und unmittelbar vom Reich geleitet werden solle. Der deutsche „Einheitsstaat“ sei aber eine Unmöglichkeit. Den süddeutschen Staaten müssen die ihnen zustehenden Reservatrechte auf dem Gebiet von Kirche und Schule, Gemeindebegehrgebung, Landwirtschaft, Polizei- und Justiz-hoheit durch Verträge gesichert werden, an denen die Reichshoheit nichts mehr ändern könne. Man müsse auf die Bismarcksche Linie zurückgehen.

Best in Leipzig vernommen

Darmstadt, 29. Nov. Der neugewählte heftige Landtags-abgeordnete Gerichtsassessor Dr. Best, der Verfasser des bekannten Entwurfs, ist, wie verlautet, in Leipzig vernommen worden. Er soll erklärt haben, daß er das Schriftstück verfaßt habe, aber ohne jede hochherrliche Absicht. Es gelte, wie ausdrücklich in dem Dokument erwähnt sei, nur für den Fall, daß die Kommunisten den geplanten Aufstand ausführen und die bestehenden gesetzlichen Regelungen gestürzt haben.

Dr. Werner Best hat schon in früheren Jahren von sich reden gemacht. In dem Abwehrkampf gegen die von den Franzosen unterstützten rheinischen Sonderbündler hat er in hervorragender Weise mitgewirkt. Als in den ersten Jahren der Rheinlandsbesetzung der französische General De g o u l e an die Primaner des Mainzer Gymnasiums Preise verteilte, überreichte er Werner Best eine Prämie für die beste Leistung im Französischen. Best lehnte sie jedoch mit den Worten ab: „Mein Vater ist von französischen Kugeln getötet worden.“

Der heftige Gesandte beim Reichskanzler

Berlin, 29. Nov. Im Auftrag der heftigen Regierung wurde der heftige Gesandte beim Reichskanzler vorstellig wegen der Erklärung des Oberreichsanwalts Dr. B e r n e r zu den Darmstädter Vorgängen. Das Reichsjustizministerium hat die Haltung des Oberreichsanwalts gebilligt.

Schäfer bleibt Landtagsabgeordneter

Darmstadt, 29. Nov. Im Landeswahlausschuß, der gestern zur Prüfung der Mandate aus den letzten Landtagswahlen zusammengetreten war, teilte der nationalsozialistische Ausschussvertreter, Rechtsanwalt Dr. Klein, mit, daß sich in seinen Händen eine Mandatsverzichts-erklärung des Abgeordneten Dr. Schäfer befindet. Darauf erklärte der Landeswahlleiter, Ministerialrat Bornemann, daß Schäfer ihm die Annahme seines Landtagsmandats angezeigt habe. — Schäfer ist bekanntlich als nationalsozialistischer Kandidat gewählt worden, nach der Wahl aber aus dem NSDAP. ausgetreten.

Grandi über Lavals Kammerrede

Neuyork, 29. Nov. Der italienische Außenminister Grandi erklärte bei einem Frühstück, das ihm anlässlich seiner Abreise von der „Newyork Times“ gegeben wurde, der Hauptzweck seines Amerika-Besuchs sei die Uebermittlung der Lage Italiens gewesen, an der Lösung der großen internationalen Fragen des Augenblicks aufrichtig mitarbeiten zu wollen. Zur letzten Rede des französischen Ministerpräsidenten sagte er, aus den Zeitungen der „Times“ könne geschlossen werden, daß die französische Regierung und das französische Volk den japanischen Nationalismus überwinden und weitherziger handeln werden, wenn sie sich mit den großen internationalen Fragen und Gefahren befassen müssen, die sich im nächsten Jahr zweifellos der Welt aufdrängen werden. Im Augenblick habe allerdings Laval die ausländischen Freunde Frankreichs enttäuscht, da er in seiner Haltung zu viel aufgab, um dadurch seine politische Position im Lande selbst zu stärken. Er habe zwar seine Mehrheit erhalten, es frage sich jedoch, ob er auch das Vertrauen da gewonnen habe, wo es Frankreich am nötigsten bedürfe.

Amerikanische Banken und Stillhalteabkommen

Neuyork, 29. Nov. Die am Stillhalteabkommen beteiligten amerikanischen Banken haben bekanntgegeben, daß alle bisher ungeklärten Fragen über das gegenwärtige Kredit-abkommen ihre Erledigung gefunden haben, nachdem die deutsche Regierung, die Reichsbank, die Golddiskontbank und die deutschen Privatbanken befriedigende Zusicherungen über die strittigen Punkte abgegeben haben.

Weitere Kämpfe in der Mandchurei

Paris, 29. Nov. Aus Mukden wird gemeldet, daß östlich von Tachusan, 112 Kilometer von Mukden, ein Gefecht zwischen Chinesen und Japanern stattgefunden habe, bei dem Panzerzüge und zwei japanische Bombengeschwader verwendet wurden. Die Chinesen zogen sich zurück. Japanische Truppen- und Panzerzüge sollen in der Richtung auf Peking abgegangen sein. In Tientsin, im Hafenplatz für Peking, werden japanische Verstärkungen erwartet.



Zurückziehung der japanischen Kräfte?

Tokio, 29. Nov. Der japanische Vormarsch auf Tschinshan ist durch Regierungsbefehl aufgehalten worden. Die japanischen Truppen werden hinter dem Pian-Fluss Aufstellung nehmen.

Die neuen württ. Notverordnungen

Ein Teil des Spargutachten

Stuttgart, 29. Nov. Staatspräsident Dr. Bolz führte in der heutigen Sitzung des Finanzausschusses des Landtags aus, die Staatsregierung bemühe sich, das Spargutachten des Reichsparkommissars auszuwerten. Die neue Notverordnung sei nur ein Teil dieser Auswertungsarbeit, andere Arbeiten im Sinn der Vereinfachung seien noch im Gang. Ueber Inhalt und Notwendigkeit der Notverordnungen berichtete Staatsrat Dr. Hegelmaier.

Art. 1 handelt von der bedingten Veretzung von Beamten in den Wartestand, Art. 2 von der Veretzung in den Ruhestand. Hiernach sollen Beamte in den Ruhestand versetzt werden können, wenn sie durch Krankheit länger als ein Jahr, nach Zurücklegung des 55. Lebensjahrs länger als 6 Monate von der Veretzung des Amtes abgehalten worden sind. Ein soz. Redner vertrat den Standpunkt, daß der ordentliche Geseßgebungsweg — statt der Notverordnung — gegangen werden solle. Staatspräsident Dr. Bolz erwiderte, die finanzielle Lage erfordere rasche Handlung und manche Bestimmungen hätten nur einen vorübergehenden Charakter. Der Landtag werde ohne triftigen Grund nicht ausgeschaltet. Nur die gesamten Zeitumstände sprechen für die Beschleunigung des Notverordnungswegs.

Art. 3 handelt von den Dienstbezügen der Beamten und Angestellten. Es liegen hierzu soz. Anträge vor. Staatspräsident Dr. Bolz erklärt, die Regierung sei außerstande, an den seither erlassenen Notverordnungen Streichungen vornehmen zu lassen. Wenn neue Notverordnungen vom Reich kommen, sei die Regierung gewillt, eine Angleichung der Beamtenbezüge an die des Reichs vorzunehmen.

Finanzminister Dr. Dehlinger lehnt es ab, für die Bedingen zur Zeit günstigere Bedingungen schaffen zu können. An der Aufhebungssperre könne zur Zeit ebenfalls nicht gerüttelt werden. Preußen sei mit der Aufhebungssperre vorangegangen; durch einen Konflikt mit dem Reich sei diese Vorarbeit jedoch wieder gefallen. Die württ. Sonderfürsorge würden in das hineingerechnet, was neu vom Reich kommen werde.

Die soz. Anträge betreffend Aufhebung der Sonderfürsorge der Bezüge der ledigen Beamten und Aufhebung der Aufhebungssperre sowie betr. Änderungen der Wohnungsgeldbestimmungen werden gegen die Stimmen der soz. und komm. Abgeordneten bei 3 Enthaltungen (1 F., 1 C.D., 1 D.W.) und 6 Nein-Stimmen (2 F., 1 Dem., 3 W.B.) abgelehnt. Ein weiterer soz. Antrag wird in folgender Fassung angenommen: Dem Art. 4 Abs. 1 folgenden Satz beizufügen: „Die Bezüge sind jedoch spätestens unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung der Vorauszahlungsfrist am Schluß des Monats in voller Höhe auszubehalten.“

Art. 5 handelt vom Befall der Nachlassrichter. Art. 6 befaßt sich mit Änderungen der Gemeindeordnung im Sinn einer gewissen Vereinfachung und Vereinfachung der Verwaltung. Seitens der soz. Fraktion liegt ein Antrag zu Art. 6 vor, das Staatsministerium zu ersuchen, eine Vereinfachung und Vereinfachung der Staatsverwaltung besonders bei den Ministerien, bei der Bezirks- und Polizeiverwaltung möglichst rasch durchzuführen, mit dem Ziel, Arbeiten von Beamten des höheren auf solche des mittleren und solche von Beamten des mittleren auf Beamte des unteren Dienstes zu übertragen, den einzelnen Beamten mehr Selbstständigkeit zu geben, insbesondere die Zeichnungsbefugnis der Beamten zu erweitern, um auf diese Weise die Zahl der Beamten zu vermindern. Staatspräsident Dr. Bolz hat keine grundsätzlichen Bedenken. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Art. 7 bezieht sich auf die Bezirksordnung, Art. 8 auf das Wassergeseß. Beide Artikel sind nur von geringerer Tragweite. Art. 9 bringt eine Vereinfachung im Landes-Jugend-Wahlrechts-geseß. Art. 10 sieht eine übersichtlichere Gestaltung des Landes-Polizeistrafrechts vor. Art. 11 befaßt sich mit dem Polizeistraferfähigkeits-geseß. Die Beschwerdeführung gegen die Polizeistrafen wird eingengt. Art. 12 handelt vom Polizeiverwaltungs-geseß im Sinn der Vorschläge des Reichsparkommissars. Art. 13 betr. Aufhebung von Volksschulen wird gestrichen. Art. 14 bringt eine Einschränkung der Lernmittelfreiheit. Diese soll nur noch gegenüber bedürftigen Kindern gelten. Ein soz. Antrag geht auf Streichung des Antrags. Der soz. An-

trag wird mit 5 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Ein Zentrumsantrag betr. Streichung des Wortes „bedürftig“ wird einstimmig angenommen.

Kultminister Dr. Bazille wendet sich nachdrücklich gegen den angenommenen Zentrumsantrag. Hierüber entstand eine neue Aussprache. Ein dem. Redner schlägt folgende Fassung vor: „Die notwendigen Lernmittel hat der Schulträger den Schülern auf begründeten Antrag der Erziehungsberechtigten zu leihen.“

Nächste Sitzung Dienstag nachmittag 3/3 Uhr.

Aus der württ. Notverordnung

Stuttgart, 29. Nov. Zu den Bestimmungen der dritten württ. Notverordnung, von denen ein Teil bereits durch die Verhandlungen im Finanzausschuß des Landtags bekannt geworden ist, wird noch folgendes mitgeteilt:

Bezüglich der Dienstbezüge der Beamten und Angestellten wird bestimmt, daß Dienstwohnungen künftig an die Stelle des Wohnungsgelds treten, mit Ausnahme der Besoldungsgruppen 11—18, die auch weiter zwei Drittel des Wohnungsgelds erhalten. Das Finanzministerium kann den Zeitpunkt für die Gehaltsauszahlung abweichend von den geltenden Vorschriften bestimmen.

Auf dem Gebiet der Innverwaltung ist neu die Bestimmung, daß die Befähigung der Ortsvorsteher künftig in den großen Städten durch das Staatsministerium, in den mittleren Städten durch die Ministerialabteilung und bei den kleineren Städten durch die Ministerialabteilung und bei den kleineren Städten und Landgemeinden durch das Oberamt (mit Ausnahme der Oberamtsstädte und der Gemeinden 1. Klasse, für die die Ministerialabteilung zuständig bleibt) vorgenommen wird. Für die Befähigung von Gemeinderatsmitgliedern ist in den kleineren Städten und Landgemeinden der Bezirksrat, bei Gemeinden 2. und 3. Klasse das Oberamt, sonst die Ministerialabteilung zuständig. Bezirks- und ortspolizeiliche Verordnungen, die keine Beschränkung der Geltungsdauer enthalten, treten 20 Jahre nach Erlass außer Kraft.

Der Abschnitt betr. die Kultverwaltung enthält vor allem die Einschränkung der Lernmittelfreiheit. Der Schulträger hat die notwendigen Lernmittel den Schülern nur auf Antrag der Erziehungsberechtigten zu leihen. Wesentlich erleichtert ist die Bildung von Verbandschulen. Die hauptamtlichen Lehrer werden künftig nur durch den Staat bestellt. Das Vorschlagsrecht der beteiligten Gemeinden fällt somit weg. Nur bei den nebenamtlichen Lehrern wird künftig noch der Ortsrat gehört. Hinsichtlich der Schulgeldordnung kann die Regierung allgemeine Richtlinien erlassen. Das Schulkastengeseß wird in der Richtung geändert, daß die Oberbehörden, um die Beschäftigung unverweiblicher Lehrer zu ermöglichen, einen für eine Lehrstelle bestimmten hauptamtlichen Lehrauftrag unter mehrere Lehrer teilen können. Der Aufwand hierfür darf nicht höher sein, als wenn ein einziger hauptamtlicher Lehrer verwendet wird.

Die Gemeinden sind verpflichtet, Abmängel im Gemeindehaushalt auszugleichen. Lehnt der Gemeinderat die auf den Ausgleich abzielenden Anträge ab, ohne andere geeignete Maßnahmen zu beschließen, so kann der Ortsvorsteher seine Anträge der Aufsichtsbehörde zur Prüfung vorlegen. Wenn diese nicht innerhalb einer Woche Einspruch erhebt, kann der Ortsvorsteher die beantragten Maßnahmen an Stelle des Gemeinderats anordnen und durchführen. Unterläßt der Ortsvorsteher die erforderlichen Anträge, so kann die Aufsichtsbehörde selbst das Erforderliche veranlassen. Beschwerden gegen Maßnahmen zum Ausgleich des Haushalts haben keine aufschiebende Wirkung. Diese Bestimmungen finden auch entsprechende Anwendung auf die Amtskörperschaften; an die Stelle des Ortsvorstehers tritt hier der Bezirksrat. Art. 28 regelt die Angleichung der Dienstbezüge der Beamten und Angestellten der Körperschaften des öffentlichen Rechts an die der Staatsbeamten. Für Körperschaftsbeamte ist bestimmt, daß die Pauschsumme für den persönlichen Aufwand einschließlich der Bezüge für die Tätigkeit im Vorstand, Verwaltungs- oder Aufsichtsrat einer Gesellschaft in großen Städten 25 v. H., in den übrigen Gemeinden 15 v. H. des jeweiligen Gehalts der Beamten nicht übersteigen darf. Die Gemeinden, Amtskörperschaften und Zweckverbände dürfen die Gehälter und Pensionen nicht vor dem Zeitpunkt ausbezahlen, der für die Bezüge der Staatsbeamten jeweils bestimmt ist.

Borerst keine Oberamtsaufteilung

In einer Pressebesprechung am Samstag nachmittag gaben Staatsrat Dr. Hegelmaier und Ministerialrat Pfeleiderer Erläuterungen zur 3. Notverordnung. Danach gibt die 3. Notverordnung kein vollständiges Bild über die zur Durchführung kommenden Sparmaßnahmen, da in

den meisten Fällen wichtige Maßnahmen möglich sind, ohne daß die Geseßgebung in Anspruch genommen wird, so vor allem auf dem Gebiet der Forstverwaltung. In der nächsten und übernächsten Woche wird die Regierung auf diejenigen Maßnahmen, die keine Änderungen von Landesgeseßen verlangen, dem Landtag und der Öffentlichkeit mitteilen. Es ist beabsichtigt, nach endgültiger Feststellung der Änderungen der 1. württ. Notverordnung die 1., 2. Notverordnung und den Inhalt der 3. Notverordnung zusammenzufassen und in einer Vorbemerkung Abkürzungen für die Ausführung der einzelnen Notverordnungen des Reichspräsidenten einzuführen.

Auf Anfrage teilte Staatsrat Hegelmaier noch mit, daß die in der letzten Zeit mehrfach erörterte Frage der Aufhebung von Oberämtern keineswegs endgültig begraben worden sei, wenn sie auch in diesem Entwurf noch nicht enthalten sei. Ob in der nächsten Zeit eine entsprechende Vorlage eingebracht werde, hänge von den weiteren politischen Erwägungen ab. Die Frage der Kürzung der Landtagsdiäten solle vom Landtag selbst entschieden werden.

Württemberg

Stuttgart, 29. November.

Ehrung. Die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität in Breslau hat Fabrikant Karl Loes, Inhaber der Firma Gebr. Waldbaur, Schokoladen- und Kakaowerke Stuttgart, die Würde eines Ehrendoktors verliehen.

ep. Von den Taubstummen in Wilhelmshof. Bei Ravensburg liegt die bekannte Brüdergemeinde Wilhelmshof, die ein blühendes Erziehungs- und Liebeswerk unterhält. Neben dem Knabeninstitut, einer Kinderrettungsanstalt und einer Trinkerheilstätte besteht die Zieglerische Taubstummennanstalt. Sie beherbergt 174 Zöglinge, davon 77 Schüler und 97 Pflegekinder. Im letzten Jahr waren es zwei Ereignisse, die das Leben der Anstalt stark bewegten. Das eine war das Fest der goldenen Hochzeit der Anstaltschausertern Matthäus und Karoline Ziegler am 4. November 1880, an dem das ganze Dorf teilnahm. Aber bald darauf verfielen die Kräfte des greifen Hausvaters rasch und am 13. Januar starb er im Alter von 81 Jahren. Er hatte der Anstalt über ein halbes Jahrhundert lang gedient und sich viel Liebe und Anhänglichkeit bei seinen Pflegebefohlenen erworben.

Haushandel mit Posternmöbeln. Von der Handwerkskammer Stuttgart wird uns mitgeteilt: Die bekannten Haussierer mit Liegesofas und dergleichen (Chaiselongues) machen sich wieder in verschiedenen Teilen unseres Landes bemerkbar. Der Verkaufspreis für ein Stück dieser Ware beträgt nur 25 RM. Wenn ein Fachmann die Herstellungskosten eines solchen Möbels kalkuliert, so kommt er nur auf 15 RM. Dem Publikum wird also hier bestimmt nichts geschenkt. Die sachmännliche Untersuchung hat ergeben, daß das für die Liegesofas verwendete sogenannte Postermaterial minderwertig und hygienisch nicht einwandfrei ist und auch die Verarbeitung und das Gefell in der Regel keinerlei Qualitätsarbeit aufweist. Gerade in Zeiten allgemeiner Wirtschaftskrisen ist es mehr als je wirtschaftlicher, beim bekannten Fachmann eine dauerhafte, solide Ware zu kaufen, mit welcher letzten Endes der Käufer auch bei höherem Preise, da für Qualitätsware selbstverständlich ein angemessener Preis gefordert werden muß, wesentlich günstiger fährt und gleichzeitig einer gesunden Entwicklung der Mittelstandswirtschaft dient.

Landesvertretertagung des Christl. Volksdienstes. Am vergangenen Samstag nachmittag fand im Brenzhaus die Landesvertretertagung des Christlichen Volksdienstes statt. Der Führer der Reichstagsfraktion des C.D., S imp s e n d ö r f e r-Korntal, erstattete den Bericht über die politische Lage im Reich. Der Ausfall der Hessenwahlen müsse für den Volksdienst eine Lehre sein. Das Referat über die württ. Landespolitik erstattete Abg. Rektor Kling. Der Volksdienst stehe fest. Er lasse sich nicht zur Partei degradieren und wolle auch in Zukunft ein radikales Christentum vertreten. In einer eingehenden Aussprache wurde zu den Vorträgen Stellung genommen. Zum Schluß verbreitete sich Reichs- und Landtagsabg. Bausch-Stuttgart über die Werbe- und Organisationsarbeit.

Fortbildungskurse für Referendare. In den ersten Monaten des Jahres 1932 wird wieder wie in den Vorjahren für Referendare zur Förderung ihrer Ausbildung im praktischen Dienst ein abendlicher Fortbildungskurs unter der Oberleitung des Präsidenten des Oberlandesgerichts abgehalten werden. Die Teilnahme ist freiwillig und kostenfrei.

Stuttkart über 400 000 Einwohner. Am 1. November ergab sich für Groß-Stuttgart eine Einwohnerzahl von 401 059 Köpfen.

Die Spord'schen Jäger

Roman von Richard Stowronnel.

Der Forstmeister Rüdiger mit seiner Tochter war weitergefahren auf seiner Wistentour bei den Verheirateten des Bataillons; der Kommandeur winkte von dem Balkon seiner am Marktplatz gelegenen Wohnung dem davonrollenden Wagen mit gemachter Freundlichkeit nach. Und als er mit der Gattin wieder in den einfach ausgestatteten Salon zurücktrat, fragte er mit sorgenvoll zusammengezogener Stirn: „Na, Liebchen, was meinst du nun zu alledem?“ „Wie?" gab sie lächelnd zurück. „Es ist doch alles wieder in der schönsten Ordnung? ... Und ich freue mich, daß die Kleine zu uns ins Bataillon kommt. Mein Scharfblick hat mich doch nicht getäuscht, als ich dir neulich schon, auf der Rückfahrt von Kohnstein, sagte, zwischen unserer neuesten Akquisition, dem Herrn von Bahlenberg, und der Tochter des Forstmeisters spanne sich was an. Als du mit dem Papa ins Herrenzimmer gingst, um eine Zigarre zu rauchen, hat das liebe Mädel ein Zippelchen von ihrem heimlichen Blick gelüftet. Ich glaube, es wird nicht mehr lange dauern, bis der Herr von Bahlenberg vor dich hintritt: Herr Oberstleutnant, ich bitte geborhamst um die Erlaubnis, meine Verlobung mit Fräulein Elsbeth Rüdiger veröffentlichen zu dürfen.“

Der Oberstleutnant Brinkmann steckte sich die ausgegangene Zigarre wieder an. „Meinen Segen! Aber wenn man ihm einen Rat geben dürfte, müßte man ihm sagen, besien Sie sich, lieber Bahlenberg, ehe Ihr Herr Schwiegeroater für das Bataillon wieder unmöglich wird!“

Frau Brinkmann bliete erschreckt auf. „Um Gottes willen, Adalbert! Und weshalb denn nur?“ Der Oberstleutnant legte der Gattin den Arm um die Schulter.

„Ja, Kind, hast du denn nicht gemerkt, wie der Mann in den paar Tagen abgefallen ist? Ich bin ordentlich erschrocken, als ich ihn wieder sah! Die Nase steht ihm spitz im Gesicht, und die Augen glühen wie im Fieber. Begreifst! Die niederträchtige Anzeig des Fürstlichen Hofjagdamtes in unserm kleinen Stadtblatt mußte einem ehrliebenden Beamten an Herz und Nieren gehen. Das ist ungefähr daselbe, als wenn Seine Ezzellenz, der Kommandierende, zu mir im Manöver sagen würde: Sie sehen mir recht angegriffen aus, mein lieber Oberstleutnant Brinkmann! Und wie wäre es? Müßten Sie nicht vielleicht das strapazöse Amt eines Kommandeurs mit dem geruchsamem Leben in Wiesbaden vertauschen? Der dortige Sprudel wird allgemein sehr gerühmt für erholungsbedürftige Offiziere außer Diensten!“

„Adalbert,“ schrie die Frau Oberstleutnant auf, „mal nicht den Teufel an die Wand! Das Herz kann einem dabei ja stillstehen vor Angst! Und der Forstmeister hat dir noch vor wenigen Tagen feierlich erklärt, er bereute es aufs tiefste, unser Offizierkorps in einem unbegründeten Verdacht gehabt zu haben, wegen der Blüddiebereien in seinem Revier?“

Der Oberstleutnant zuckte mit den Achseln. „Ich kann mir nicht helfen, aber ich glaube, das war nur Maske. Wegen der Tochter. Im Innersten seines Herzens ist er noch genau so gelonnen wie früher; er hat einen meiner Leutnants im Verdacht. Wenn ich das Gespräch nicht mit Gewalt auf ein anderes Geis geschoben hätte, wäre es schon wieder zu einem Zusammenstoß gekommen.“

„Wenn aber der Forstmeister mit seinem Verdacht recht hätte?“

Der Oberstleutnant sog heftig an seiner Zigarre. „Das wollen wir, vorläufig mal, für ausgeschlossen halten! ... Aber ich stecke in den jungen Dächeln ja nicht drin, kann nur immer predigen: Meine Herren, bitte, halten Sie sich in jeder Lebenslage so, wie es einem Offizier zukommt! ... Uns Kommandeuren geht es da wie den Königen. Je größer das Reich, desto loser der Zusammenhang, man muß sich auf die Berichte seiner Minister verlassen.“

„Und wenn man schlecht informiert ist? Wenn wider alles Erwarten doch einer von unseren Leutnants der Täter sein sollte?“

Der Oberstleutnant richtete sich auf, zog mit einem energischen Ruck den Uniformrock über der hageren Gestalt zurecht.

„Dann ist es aus, mein Kind! Dann geht man zu seinem vorgelegten höchsten General: Ezzellenz, es tut mir leid, ich habe das Vertrauen nicht rechtfertigen können. Ich habe es nicht verstanden, mein Offizierkorps so zu führen und zu erziehen, daß jedes einzelne Mitglied sich seiner Pflichten voll bewußt gewesen wäre. An dem jetzigen Gestank, der sich so unliebsam vor aller Öffentlichkeit bemerkbar macht, trage ich mein Teil Schuld, also ich bitte geborhamst um meinen Abschied.“ Und der Ezzellenzherr darauf mit einigem Bedauern: Mein lieber Brinkmann, tut mir außerordentlich leid, das ist der verdammte Ziegelstein, der manchmal dem Besten auf den Kopf fällt. Na schön, und auf Wiedersehen in Wiesbaden. Ich komme bald nach! ...

Frau Brinkmann warf dem Gatten die Arme um den Hals. Fortsetzung folgt.

Aus dem Lande

Heilbronn, 29. Nov. Listenverbindungen. Die Deutschnationalen haben eine Listenverbindung mit den Nationalsozialisten eingegangen, eine solche nach links aber abgelehnt. Der von der Deutschen demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei angeregten Listenverbindung der Mittelgruppen hat das Zentrum zugestimmt, während der Christliche Volksdienst abgelehnt hat.

Nekarulum, 29. Nov. Weiher Hasse. Graf Eberhard von Neipperg hatte bei einer Treibjagd in Untergriessheim das seltene Weidmannsheil, einen weißen Hasen zu erlegen.

Nürtingen, 29. Nov. Aufklärung der Ueberfälle. In den letzten Tagen wurde über einen Ueberfall bei der Teufelsbrücke und auf der Wolffsluger Straße berichtet. Der erste Ueberfall an der Teufelsbrücke wurde von einem Metzgerlehrling ausgeführt und ist als Bußstreich zu betrachten. Beim zweiten Fall hat der angeblich Ueberfallene die Sache erdichtet.

Neuhingen, 29. Nov. Ehrenbürger. C. F. Holder, der Inhaber der bekannten Maschinenfabrik Gebr. Holder in Neuhingen, wurde anlässlich seines 70. Geburtstages von seiner Heimatgemeinde Neuhingen, M. Urach, zum Ehrenbürger ernannt.

Höfen a. Enz, 29. Nov. Auch ein Zeichen der Zeit. Um die freigewordene Stelle des hiesigen Posthefters haben sich neben älteren Personen ungefähr 30 Jungmänner unter 25 Jahren beworben.

Göppingen, 29. Nov. Fahrklaffige Tötung. Das erweiterte Schöffengericht Göppingen verurteilte den 27 J. a. ledigen Bauarbeiter Willi Valesse von hier wegen fahrklaffiger Tötung im Zusammenstoß mit einer Uebertragung der Kraftfahrzeug-Verkehrsordnung zu der Gefängnisstrafe von 4 Monaten und Tragung der Kosten des Verfahrens. Valesse hatte am Abend des 19. September den verheirateten Portier Franz Pfalzer, der mit einem beladenen Handwägelchen auf dem Heimweg war, in der Stuttgarter Straße von hinten angefahren, so daß Pfalzer mit einem Schädelbruch auf den Bordstein des Gehwegs geschleudert wurde und wenige Minuten darnach verschied.

Böse Folgen freitender Kinder. Nachmittags wurde der 12jährige Schüler Hummel von Schlierbach im Verlauf eines Streits unter Geschwistern bei einem Ballspiel mit einem Messer in die Brust gestochen, wobei das Herz verletzt wurde. Der Junge wurde mit dem Sanitätsauto ins Bezirkskrankenhaus Göppingen verbracht, wo er in lebensgefährlichem Zustand darniederliegt.

Nördlingen, 29. Nov. Aufhebung der Erdbebenwarte. Durch Beschluß der Erdphysikalischen Warte in München wird mit Wirkung vom 1. Januar 1932 ab die hiesige Erdbebenwarte aufgehoben. Vor zwei Jahrzehnten wurde die Warte im Feuerturm aufgestellt, um Feststellungen über die Erschütterungen des Riesstoffs zu machen. Da während dieser 20 Jahre die wichtigsten Aufschlüsse hierüber gebracht werden konnten, wurde der Zweck der Forschung erfüllt.

Vom Ries, 29. Nov. Brand. Nachts wurde in Köllburg die Scheuer, Stallung und der Schuppen der Landwirtin Franziska Kröner durch Feuer eingeschert. Man vermutet Brandstiftung.

Vöhrach a. R., 29. Nov. Verkehrsunfall. — Ein Kind getötet. An der gefährlichen Kurve an der Rib-Brücke fuhr ein von Ulm kommender Ölinger Personkraftwagen über den Bürgersteig an das Brückengeländer. Auf dem Bürgersteig befand sich auf dem Heimweg von der Schule das siebenjährige Töchterchen des Fabrikanten Hugo Gerster, das an das Geländer gedrückt wurde und nach dem Zurückprallen des Wagens durch das ausgebogene Gitter in die Rib fiel. Bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt wurde das Kind durch den Anprall getötete Kind aus dem Wasser herausgezogen. Die gefährliche Kurve und die Brücke hat in den letzten Jahren des zunehmenden Verkehrs schon manchen schweren Unglücksfall auch mit tödlichem Ausgang verursacht. Auto und Wageninsassen kamen ohne Schaden davon.

Von der bayer. Grenze, 29. Nov. Tödlich verunglückt. — Vermißt. — Zwei Risten Fische in der Donau. Als der Landwirt Matthias Bögle von Kellmünz im Wald eine Tanne fällen wollte, wurde er von dem stürzenden Baumstamm erfaßt und zu Boden geschlagen. Mit einem schweren Schädelbruch und einer Gehirnerschütterung wurde er nach Haus gebracht, wo er noch in der gleichen Nacht verschied. — Der etwa 40 J. a. Landwirt Andreas Schmaus in Gemping ist seit 18. November abgängig. — Einem Fischer von Lechlingen wurden dieser Tage zwei Risten mit mehreren Feintinern Fischen an der Donau losgemacht, die dann vom Wasser fortgetrieben wurden. Ob es sich um einen Bubenstreich oder einen Raubeakt handelt, konnte noch nicht festgestellt werden.

Ravensburg, 29. Nov. Eine Einbrecherbande vor Gericht. Das Erw. Schöffengericht verhandelte gegen eine Einbrecherbande, die im Oberland monatelang Einbrüche und Diebstähle verübt hat. Angeklagt waren sechs Personen. Es handelte sich um 24 Einbrüche, darunter auch denjenigen bei Dr. Cäcener in Friedrichshofen. Die Diebeszentrale befand sich in Knollengraben und die gestohlenen Gegenstände in teilweise sehr erheblichem Werte wurden in einem Schuppen der Fa. Gebr. Spohn in Ittenbeuren untergebracht. Das Urteil lautete gegen Konrad Schmid und Konrad Jauch wegen 24 schwerer Diebstähle auf je 6 Jahre Zuchthaus und 7 Jahre Ehrverlust, gegen Paul Wahl wegen gewerbmäßiger Hehlerei auf 2 Jahre 6 Monate Gefängnis, gegen Maria Rauch wegen Hehlerei auf 7 Monate Gefängnis, gegen Anna Schmid wegen Hehlerei auf 100 RM, und Ignaz Schmid wegen Hehlerei auf 50 RM Geldstrafe.

Lokales.

Wildbad, den 30. November. Zu einer öffentlichen Wahlversammlung hatte der Ortsauschuss Wildbad des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes am Samstag abend in das Gasthaus zur „Alten Linde“ eingeladen. Die Versammlung, die gut besucht war, wurde vom Vorsitzenden des Ortsauschusses eröffnet und geleitet. Nach der Begrüßung gab er die Kandidatenliste bekannt und erteilte sodann das Wort dem Referenten des Abends, Schriftleiter Albert Vohmann, Pforzheim. Der Ortsauschuss hatte mit diesem sympathischen Redner einen guten Griff getan; in seinen 1 1/2stündigen Ausführungen verstand er es, den aufmerksamen Zuhörern ein getreues Abbild der heutigen politischen und wirtschaftlichen Lage zu geben. Der Vortrag des Referenten führte den Titel „Reichspolitik und Kommunali-

die schönsten Mäntel bei KRÜGER & WOLFF, Pforzheim

politik“ und führte die Anwesenden zurück in die Anfänge des Privatkapitalismus, ging auf die Gründerzeit in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ein, um dann auf die letzten Jahrzehnte überzugehen. Mit dem Uebergang von Handarbeit zur Maschinenarbeit, mit der Rationalisierung, namentlich nach dem unglückseligen Weltkriege, ist ein Güterreichtum eingetreten, der zum Fluche der Menschheit geworden ist. Während auf der einen Seite Kaffee, Tee, Gewürze, Baumwolle usw. in großen Mengen vernichtet werden, um die Preise hochzuhalten, herrscht auf der anderen Seite ein großer Mangel an diesen Sachen. Millionen Menschen sind infolge der Arbeitslosigkeit nicht im Stande, die notwendigen Bedarfsartikel zum täglichen Leben zu erwerben bzw. zu kaufen. An praktischen Beispielen bewies der Redner die Sinnwidrigkeit des heutigen Wirtschaftssystems; er erinnerte an die Kapitalverflechtungen, worunter gerade der kleine Handwerker und Mittelstand am meisten zu leiden müsse. Ein Unfinn: sei es, dem vielgeschmähten Marxismus Schuld an diesen Dingen zu geben; noch nie habe der sogenannte Marxismus etwas besser gesagt, die Sozialdemokratie die absolute Mehrheit im maßgebenden deutschen Parlament gehabt. Weiter behandelte der Redner die wiederholten Senkungen der Gehälter und Löhne, die die Kaufkraft der großen Massen immer mehr einschränkte zum Schaden von Handel und Gewerbe; die Lohnsenkungen von heute bedeuten den Profit der Unternehmer von morgen. Der Referent verteidigte die Haltung der Sozialdemokratie zur Regierung Brüning; er führte den Anwesenden vor Augen, was kommen könne und müsse, wenn diese Taktik ausgegeben werde und forderte im Zusammenhang hiermit geschlossene Abwehr aller Arbeitnehmer gegen die Feinde der Republik auf. Auf die Kommunalspolitik übergehend betonte der Redner, wie innig Reichs- und Kommunalfragen zusammenhängen; wie gerade in der heutigen Zeit die Lage der Wohlfahrtserwerbslosen von den Entschlüssen des Gemeinderates beeinflusst wird und forderte auf, bei der demnächst stattfindenden Gemeinderatswahl nur solche Männer zu wählen, die auch tatsächlich für die Vermissten der Armen eintreten. Dem Redner wurde reicher Beifall zu Teil. In der Aussprache, die sehr reger und auch von Rednern bestritten wurde, die den Gewerkschaften nicht angehören, wurden die verschiedensten Wünsche vorgetragen, die vorwiegend örtlicher Natur waren. So wurde von allen Sprechern, bis auf einen, die Erbauung einer Sternwarte begrüßt, weil sie manchem Erwerbslosen wieder Brot und Arbeit gibt. Verlangt wurde die Herabsetzung der Gas- und Strompreise, des Wasserzins und der Zählermiete. Von Vertretern des Reichsbundes der Kinderreichen wurde die Lage der Findere. Familien geschildert und hier Abhilfe verlangt. Durch alle Reden aber erklang der deutliche Ruf: Gebt uns Arbeit, wir wollen keine Almosen, wir wollen keine Betteluppen. Die Zeit war inzwischen vorgeschritten und mußte der Vorsitzende zur Verkürzung der Redezeit greifen, womit sich die Versammlung einverstanden erklärte. Im Laufe der weiteren Aussprache wurde den beiden Vertretern der Arbeiterschaft im Gemeinderat von verschiedenen Seiten Dank und Anerkennung für ihre bisherige Haltung und Tätigkeit ausgesprochen. Eine weitere Frage bildete die Listenverbindung, die aber in einem kleineren Kreise endgültig erledigt werden soll. Auch die Stellungnahme der bürgerlichen Vertreter auf dem Rathaus dem Arbeitersportverein gegenüber in Sachen des Sportplatzes wurde kritisch unter die Lupe genommen. Nach Abschluß der freien Aussprache erhielt der Referent das Schlusswort; er beantwortete verschiedene Fragen, die an ihn gestellt waren und forderte die Arbeitnehmer, Kleinhandwerker usw. in ansehnlichen Worten auf, einig und geschlossen zusammenzuhalten, damit nach Abschluß der Wahl ein gutes Resultat gemeldet werden könnte. Der Vorsitzende konnte sodann die vom gutem Geist befehlte Versammlung um 12 Uhr schließen. **Besitzwechsel.** Das Anwesen von Jg. Kirchlechner ging, wie wir erfahren, um den Preis von 40 000 Mark an Alfred Gauthier über. **Lies Deine Zeitung.** Eigentlich sollte diese Mahnung überflüssig sein. Denn die Zeitung gehört zweifellos zu den Dingen, die am wenigsten entbehrlich erscheinen. Und das gerade heute, in einer Zeit wirtschaftlicher Depression und politischer Hochspannung. „Aber sie kostet Geld“, werden viele sagen, „und gerade jetzt, wo die Gehälter gekürzt sind, wo der Landmann nicht mehr allzuviel aus dem Verkauf seiner Erzeugnisse erlöst und der Geschäftsmann und Handwerker über den stetig sinkenden Ertrag seines Geschäftes klagt, muß man mehr denn je sparen, um über die wirtschaftliche Depression hinwegzukommen“. Aus dieser Einstellung heraus wird dann die Zeitung abbestellt, werden die geringen Ausgaben für die Zeitung „eingespart“. Es erhebt sich nun hier die Frage, ob solche Einparungen in Wirklichkeit eine Ersparnis sind oder ob nicht vielmehr der Verzicht auf regelmäßige Unterrichtung durch die Zeitung schwerer wiegt, als dem zu leistenden geldlichen Gegenwert entspricht. Man muß sich da über das Wesen und die Bedeutung der Zeitung klar sein. Gerade in Zeiten wie wir sie jetzt in Deutschland durchmachen, muß es für jeden denkenden Menschen eine Selbstverständlichkeit sein, sich laufend über die Geschehnisse zu orientieren, seien sie nun wirtschaftlicher oder politischer Art. Und unbestritten vermittelt kein Institut und keine Einrichtung öffentlicher oder privater Natur die Kenntnis dieser Geschehnisse besser, als die ihrer Natur und ihrem ureigensten Zweck nach hierzu berufene Zeitung. Die Politik ist heute bei ihrer Einwirkung auf die wirtschaftlichen Vorgänge nicht mehr ein Gegenstand des Interesses weniger Personen. Der Wirtschaftler begnügt sich heute weniger denn je damit, den Wirtschaftsteil seiner Zeitung, die Börsennotizen usw. durchzulesen. Er liest mit größter Aufmerksamkeit auch den politischen Teil, vergleicht die Rückwirkung politischer Geschehnisse auf die Börsen und die wirtschaftlichen Begebenheiten und zieht seine Schlüsse aus diesen ihm bekannten Wechselwirkungen. Und jeder andere, der irgendwie im Wirtschaftsleben steht, sollte es in seinem eigenen Interesse ebenso machen. Denn ein wesentlicher Bestandteil des Erfolges ist unbestritten die Erkenntnis der Zusammenhänge, die Kenntnis der Vorgänge im politischen und wirtschaftl. Leben des Landes und der Welt.

Schutz vor Darlehenswindlern.

Durch die Not unserer Zeit blüht das Geschäft der un-reellen Darlehensvermittler wie nie zuvor; gerade kleine Gewerbetreibende, Handwerker und Angestellte sind oft die Opfer dieser Schwindler. Oft werden Darlehen angeboten von Leuten, die gar nicht in der Lage sind, sie zu vermitteln, die nur die hohen Provisionen und Vermittlungsgebühren einstecken, oder sie verweisen die Darlehenssucher an Firmen im Auslande, von denen sie in seltenen Fällen ein paar Mark überwiesen bekommen, während den Agenten mühelos Tausende zuströmen. Wenn wirklich ein Darlehen zustande kommt, werden ungeheure Zinsen verlangt, oft für einen Betrag von 100 Mark monatlich 15 bis 20 Mark. Neben den Darlehenswindlern sind weit verbreitet die Warenbetrüger, die dem Publikum alle möglichen Dinge zu angeblich sehr vorteilhaften Bedingungen anbieten, die dann oft nur die Vorauszahlungen und Provisionen nehmen und nie Waren liefern oder solche in ganz ungenügender Qualität. Hier hat man es besonders auf die Leichtgläubigkeit der Frauen abgesehen, die Bestellscheine unterschreiben, ohne sie genau zu prüfen, und dabei Liefer-klaufein, die an verstedter Stelle angebracht sind, übersehen.

Sehr groß ist auch die Zahl der Wechsel- und Sched-fäßcher; aber längst nicht alle vorkommenden Fälschungen kommen zur Anzeige. Auch mit Uebereignungen wird viel Unfug getrieben; oft genug wird ein Warenlager mehrere Male übereignet. Gerade solange die wirtschaftliche Lage so schwierig wie zur Zeit ist, wird sie immer von diesen gewissenlosen Schwindlern, die aus der Not ihrer Mitmenschen Kapital schlagen, ausgenutzt werden. Es scheint deshalb angebracht, immer wieder warnend darauf hinzuweisen und dringend zu empfehlen, sich in Vermögensangelegenheiten an betante zuverlässige Geldinstitute, wie beispielsweise die öffentlichen Sparkassen, aber niemals an vorkändig fremde Firmen zu wenden.

Winter-Hilfsliste.

Zur Vinderung der Not in badischen und württembergischen Städten hat sich der Südpunkt mit ganz besonderem Eifer in den Dienst der Sache gestellt und veranstaltet u. a. am 3. Dezember (Donnerstag) im Saalbau in Pforzheim ein außerordentliches Konzert, dessen Ertrag der Winter-nothilfe zugeführt wird. Das hier in Rede stehende große Wohltätigkeitskonzert wird ausgeführt von dem berühmten Bereny's Original ungarischen Zigeuner-Sinfonie-Orchester. Es wird ein ganz großer Abend werden, der sicherlich auch den Ertrag ansehnlich gestalten wird. — Dieses ungarische Orchester ist überall, in allen Städten und Staaten Europas, eine Sensation, und Publikum sowie Presse sind darüber einstimmig einig, daß etwas Gleiches oder auch nur Ähnliches bisher noch nicht dagewesen ist.

Sowohl des guten Zweckes, als auch des besonderen musikalischen Genusses wegen, sollte Jedermann die Gelegenheit wahrnehmen, dieses Konzert in Pforzheim am 3. Dezember zu besuchen. — Für Rundfunkhörer ist in der „Süddeutschen Radiozeitung“ und auch in der Zeitung „Südpunkt“ ein Gutschein eingedruckt. Gegen Abgabe dieses Gutscheines werden Eintrittskarten um je Mark 1.— billiger abgegeben.

Karten sind erhältlich im Zigarrenhaus Walz, Pforzheim, Marktplat, Telefon Nr. 3108.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Der Schulanfang in Preußen wird vom 1. Dezember an während des Winters auf 8.30 Uhr morgens festgelegt. Vom 1. Dezember bis Ende Februar werden Schulen, die um 8.30 Uhr beginnen, wieder Kurzstunden von je 45 Minuten abhalten.

Große Theateraufführung. Der frühere russische Volksbildungskommissar Lunatscharko erklärte auf eine Frage dem Berichterstatter der Wiener Allgemeinen Zeitung: In Rußland betrachtet man die Abrüstungskonferenz als eine große Theateraufführung mit schönen Deklamationen.

Verhaftung. In Potsdam ist man umfangreichen Durchsicherungen einiger großer Potsdamer Baufirmen auf die Spur gekommen. Der Obersekretär beim Hochbauamt, Kaus, ist verhaftet worden.

Stürmische Abrüstungskonferenz. Im Trocadero in Paris findet gegenwärtig, wie bereits berichtet, eine Sitzung der Internationalen Vereinigung für moralische Abrüstung statt. Am Freitag abend wurde nun eine öffentliche Kundgebung für die Abrüstung veranstaltet. Nachdem der deutsche Zentrumsabgeordnete Joos und einige andere Redner gesprochen hatten, entstand eine wilde Schlägerei mit französischen Frontkämpferbündlern. Die Abgeordneten Herriot und de Souvenel erlitten verschiedene Blisse und konnten sich vor Schlimmerem nur durch schnelle Flucht unter dem Schutz eines starken Polizeiaufgebots retten. Die Verarmung wurde dann gepölkert, aber auch in der zweiten Abteilung gab es handgreifliche Zusammenstöße.

Schiffsbrand. Im englischen Hafen von Heyshan ist ein irischer Kanal-Dampfer durch Feuer zerstört worden. Die Fahrgäste konnten gerettet werden.

Erdbeben auf dem Peloponnes. Die Stadt Kalamata auf dem südlichen Teil der griechischen Halbinsel Peloponnes wurde am 27. November von starken Erdstößen heimgesucht. Mehrere Häuser sind eingestürzt.

Der Ruhrschiedsgericht (Verlängerung der jetzigen Röhre bis 31. Dezember) wurde vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt.

Auch der sächsische Landbund hat beschlossen, das kommunalistische Volksbegehren auf Landtagsauslösung zu unterstützen.

Von Genf aus wird verbreitet, daß verschiedene Mächte des Völkerbundes teils wegen bevorstehender Wahlen (Preußen, Frankreich i. April), teils wegen der deutschen Schulden- und Reparationsverhandlungen und weil die innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland voraussichtlich einer Entscheidung zutreiben, wünschen, daß die Abrüstungskonferenz auf den Herbst verschoben werde.

fußball am Sonntag

Fußballergebnisse der Bezirksliga Gruppe Württemberg.

SpB. Feuerbach — Stuttgarter Kickers 2:2.
Germania Brözingen — FC. Birkensfeld 3:1.
Sporfr. Ehlingen — Union Bödingen 3:1.
VfR. Heilbronn — VfB. Stuttgart 2:1.

Gruppe Baden.

Karlsruher FB. — FB. Freiburg 4:1.
FB. Karlsruhe — SpBgg. Schramberg 1:1.
FC. Freiburg — FC. Mühlburg 4:3.
FB. Rastatt — Phönix Karlsruhe 2:1.

Gruppe Nordbayern.

FC. Nürnberg — USV. Nürnberg 3:1.
Bayern Hof — BfA. Fürth 1:2.
FC. Schweinfurt — SpBgg. Fürth 2:1.
FB. Würzburg — SpBgg. Weiden 1:1.

Gruppe Südbayern.

Wacker — 1860 München 2:2.
Leutonia München — BfB. Ingolstadt 10:0.
Jahn Regensburg — Schwaben Augsburg 3:3.
SSV. Ulm — FC. Straubing 3:2.

A-Klasse.

FB. Wildbad — FC. Calmbach 4:1.

Handel und Verkehr

Die Marktlage

Die Entwicklung des Buttermarktes wird für die Landwirtschaft immer ungünstiger. Das starke billige Angebot ausländischer Butter, zu dem mehr und mehr auch die überseeische Butter zu kommen scheint, hat in Verbindung mit der geschwächten Verbrauchernachfrage und dem unzureichenden Zollschutz die deutschen Butterpreise auf einen so niedrigen Stand gedrückt, daß die Erzeugungskosten nicht mehr gedeckt werden.

Im Käsegeschäft ist die Lage im allgemeinen gegenüber der Vorwoche wenig verändert. Der Markt wird allenthalben als ruhig bezeichnet, nur bei Limburger hielt die gute Nachfrage auch in der abgelaufenen Woche an.

Der Eiermarkt hat seine Festigkeit behalten, es ist aber zu beachten, daß die Frischerezeugung nunmehr im Zunehmen begriffen ist und daß die milde Witterung zu dringenderem Angebot von Kühhäusereiern führt.

Auf dem Hopfenmarkt war das Geschäft unverändert. Leitnanger war fast gefragt, so daß die Nachfrage nicht immer befriedigt werden konnte.

Leitmänger 75-80, 55-70, Spalter 55-60, 40-50, Hirsbrüder Oberrgospfen 40-50, 25-35, Badische 60-55.

Die Schlachtlehmärkte zeigten größtenteils ein geringeres Angebot an Schweinen, wodurch die Rindermärkte, trotzdem sie fast durchweg überfahren waren, etwas aufnahmefähiger wurden.

Die Internationale Goldwanderung

In den letzten Wochen hat der Goldreichtum der einzelnen Länder wieder starke Verschiebungen erfahren. Von den Ländern, von denen das Gold abwanderte, verloren seit Mitte September an Goldbeständen die Vereinigten Staaten für 650 Mill. Dollar (jetziger Goldstand 2826,7 Mill. Dollar), England für 72,6 Mill. Dollar (jetziger Goldstand 587,8 Mill. Dollar) und Deutschland für 64,5 Mill. Dollar (jetziger Stand 262,3 Mill. Dollar).

Laval und die Börse

Die gehässige Rede Lavals gegen Deutschlands in der französischen Kammer am 26. November hat an der Berliner Börse einen geradezu niederschmetternden Eindruck gemacht.

Neues Begleitpapier beim Güterverkehr nach dem Ausland

Die Reichsbahn teilt mit: Vom 1. Dezember 1931 ab sind alle Waren, die aus dem deutschen Wirtschaftsgebiet ausgeführt werden, für die Zwecke der Devisenbewirtschaftung anzumelden.

Berliner Pfundkurs, 28. Nov. 14,90 G., 14,97 B.
Berliner Dollarkurs, 28. Nov. 4,209 G., 4,217 B.

Reichsbankdiskont 8. Lombard 10 v. H.
Privatdiskont 8 v. H. kurz und lang.
Londoner Goldpreis, 27. Nov. 2,789 RM. das Gramm Feingold.
Silberpreis, Grundpreis 45,90 Mk. d. Kg.
Die Großhandelsmehlzahl vom 25. November ist mit 106,2 gegenüber der Vorwoche um 0,4 v. H. gestiegen.

Zahlungseinstellungen. Hotel Quiffana AG, Gebr. Rofner, Wiesbaden. Schulden 103 000 RM., Wechsel 51 000 RM. Wegen Mangels an Masse soll der Konkurs nicht eröffnet werden; von den Gläubigern wird eine Betriebsgesellschaft m. b. H. zur Weiterführung des Hotels gebildet.

Berliner Getreidepreise, 28. Nov. Weizen märk. 22,30-22,60, Roggen 19,70-19,90, Brauzerke 16-17, Futter- und Industrieergerke 15,50-15,90, Hafer 14,30-14,80, Weizenmehl 27,75-31,75, Roggenmehl 26,75-29, Weizenkleie 10-10,50, Roggenkleie 10,50 bis 11 RM. je Dtzr.

Berliner Metallmarkt, 28. Nov. Elektrolytkupfer prompt cif Nordseehäfen 65,50 RM. d. 100 Kg.
Bremen, 28. Nov. Baumwolle Middl. Univ. Stand. loco 7,22.

Märkte

Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt, 28. Nov. Tafeläpfel 5-12; Tafelbirnen 6-20; Quitten 9-12; Walnüsse 25-30; Kartoffeln 4 bis 5; Kopfsalat 5-10; Endivienalat 6-10; Wirsing 5-6; Filderkraut 3-4; Weißkraut 3-4; Rotkraut 5-6; Blumentohl 20-40; Rosenkohl 10-20, 1 Pfd. 18-22; Rote Rüben 5-8; Gelbe Rüben 5-6; Karotten 6-10; Zwiebel 6-8; große Gurten 20-50; Rattiche 3-8; Monatsrettiche 7-8; Sellerie 6-20; Tomaten 25-40; Schwarzwurzeln 30-35; Spinat 10-12; Kohlraben 4-7.

Württ. Markenbutter 1,45, Teebutter 1. Qual. 1,87, 2. Qual. 1,30 RM. das Pfund.
Deutsche Frischeier (roter Stempel) 12,5, Vandeier 11, Mittleier 9,5 Pfg. das Stück.

Zwangsvorsteigerung. Bei der Zwangsvorsteigerung des Haberstrohhens Fabrikamwesens in Lauterbach M. Oberndorf hat die Oberamtsparkasse, Girostelle Schramberg, als Hauptgläubigerin das einzige Angebot mit 40 000 Mark abgegeben. Der Zuschlag erfolgt erst in acht Tagen.

Das Wetter

Infolge der nordwestlichen Depression ist für Dienstag unbeständiges, mehrfach bedecktes Wetter zu erwarten.

Am Dienstag, den 1. Dezember 1931 findet eine

Biehzählung

statt. Gezählt werden Pferde, Esel (auch Maulesel und Maultiere), Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Geflügel (Gänse, Enten, Hühner, jedoch ohne Trut- und Perlhühner) und Bienenstöcke. Weiter findet eine Erfragung der in der Zeit vom 1. September 1931 bis 30. November 1931 vorgenommenen Hauschlachtungen von Schweinen und Ferkeln statt.

Die Tierbesitzer werden hiemit aufgefordert, den mit der Biehzählung beauftragten Personen die Zahl der betreffenden Tiere und die in der genannten Zeit vorgenommenen Hauschlachtungen von Schweinen und Ferkeln genau anzugeben.

Wer bis 2. Dezember 1931 nicht zur Angabe seiner Tiere aufgefordert wird, hat diese selbst bei Strafvermeidung dem Ortsvorsteher bis spätestens 5. Dezember 1931 anzuzeigen.

Wildbad, den 30. Dezember 1931.

Bürgermeisteramt.

Amtsgericht Neuenbürg.

Die Sitzungen des Schöffengerichts im Jahr 1932 finden Freitags statt und zwar im Januar am zweiten, dritten, vierten; im Februar und März an jedem ersten, zweiten, dritten; im April am ersten, zweiten, dritten, fünften; im Mai und Juni an jedem ersten, zweiten, vierten; im Juli und September an jedem ersten, zweiten, vierten, fünften; im August am zweiten, dritten; im Oktober und November an jedem ersten, dritten, vierten; im Dezember am ersten, dritten, vierten, fünften.

Die Sitzungen in Strafsachen vor dem Amtsrichter allein finden an jedem Montag sowie an den Freitagen statt, wo kein Schöffengericht abgehalten wird.

Die Sitzungen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten werden an jedem Dienstag, Donnerstag und Samstag abgehalten; in Mietprozessen an dem zweiten Montag jedes Monats.

Als Gerichtstag (Laufstag), an dem mündliche Anfragen, Anträge und Gesuche insbesondere auch auf gütliche und kostenlose Vermittlung von Streitigkeiten jeder Art, vorgebracht werden können, wird der Mittwoch jeder Woche bestimmt. An sonstigen Tagen werden nur besonders dringende Sachen entgegengenommen.

Den 26. November 1931.

Die beste Reklame ist und bleibt das Zeitungs-Inserat

Drüsengezeichnete Steuerberatung

und wirtschaftliche Rechtsbelehrung bieten die

Wirtschaftlichen Kurzbrieft.

41000 KAUFLEUTE

bedienen sich der „W.-K.“ als eines unentbehrlichen Behelfs! Dreißig Fachmänner sind die ständigen Mitarbeiter der „Wirtschaftlichen Kurzbrieft“. Schnell und zuverlässig orientieren die „W.-K.“ über folgende Gebiete: Steuerwesen, Aufwertung, Arbeitsrecht, soziale Versicherungen, Geld, Bank und Börse, sowie aktuelle Wirtschaftsfragen verschiedenster Art. Monatlicher Bezugspreis nur RM 2,65. Verlangen Sie erstmalig Probeabonnement!

RUDOLF LORENTZ VERLAG

Charlottenburg 9 Kaiserdamm 38

Gutschein!

An den Rudolf LORENTZ Verlag Charlottenburg 9

Gegen Einzahlung dieses Kupons erhalten Sie eine Zeilung die W.-K. gratis zugesandt!

Nation. Frauendienst

Montag

nachmittag 3 Uhr „Kühler Brunnen“

Teilen Sie jetzt ein!

Vergessen Sie aber nicht, den weitaus größten Teil Ihrer Werbegelder für die Anzeigenwerbung bereitzustellen. In diesen Zelten ist die Anzeige der beste Werbefehler! Auf die Werbekraft der Anzeige verzichten heißt auf Umsätze verzichten! Eine gute Resonanz, gute Erfolge durch die Anzeige im

„Wildbader Tagblatt“

Tanzunterricht!

Zu einem demnächst beginnenden Tanzkurs in Wildbad

in den maßgebenden internationalen Tänzen der Saison 1931/32, werden Damen und Herren, die sich dafür interessieren, ersucht, ihre Adressen in der Tagblattgeschäftsstelle abzugeben.

Kursdauer: 16 Tanzabende. Preis: Der Abend pro Person RM. 1.—

